

## Politik erleben statt nur auf dem Papier lernen

Jugendliche hätten kaum Interesse an Politik, wird oft beklagt. Ein Blick in die Zürcher Mittelschulen zeigt: Punctuell sind junge Leute für politische Themen durchaus ansprechbar.

Text: Jacqueline Olivier Foto: Realgymnasium Rämibühl

Mittwoch, 12.15 Uhr. In das lichtdurchflutete Treppenhaus der Kantonsschule Enge kommt Leben. Viele der Schülerinnen und Schüler haben jetzt Mittagspause oder sogar für den Rest des Tages schulfrei. Nicht wenige von ihnen streben jedoch einem Zimmer im ersten Stock zu, rasch sind alle Plätze an den Schreibtischen gefüllt. Es werden weitere Stühle herbeigeschafft und hinter der letzten Pultreihe sowie an der Seitenwand aufgestellt, einige Jugendliche setzen sich kurzerhand auf das breite Fenstersims. «Politik am Mittag» steht auf dem Programm, eine meistens vor Abstimmungen stattfindende, freiwillige Podiumsdiskussion. Heute geht es um die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative. Zwei Jungpolitiker – SVP und SP – präsentieren Pro- und Contra-Argumente und stehen den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort.

### Interesse, ja – Engagement, nein

Die 16-jährige Gymi-Schülerin Denise Gonçalves begrüsst solche Angebote. «Ich möchte verschiedene Meinungen hören, damit ich mir meine eigene bilden kann.» Natürlich könne man sich auch über das Internet informieren, meint sie. Allerdings traut sie nicht allem, was sie dort hört und liest. «Im Internet wird viel manipuliert.» Auch der 15-jährigen Simone Burri ist es wichtig, sich politisch auf dem Laufenden zu halten. Unter ihren Freunden und Bekannten gebe es viele, die zu wenig wüssten oder voreingenommen seien, das gebe ihr zu denken. «Und ich finde es erschütternd, wie viele Leute nicht abstimmen gehen.» Zu diesen gehört Mattia Furler nicht. Als Stimmbürger müsse man seine Verantwortung wahr-



Schülerinnen und Schüler des Realgymnasiums in der Rolle als Parlamentarier im Rathaus.

nehmen, sagt er. Dass er an der Schule die Möglichkeit habe, einen Diskurs zu erleben, seine eigene Meinung kundtun zu können und Gegenargumente zu bekommen, schätzt er sehr. Daniel Scherrer, 18, stimmt ihm zu. «Gerade bei einer solchen Initiative herrschen oft emotionale Meinungen vor. Jetzt haben wir mal Fakten gehört, über die wir diskutieren können.» Die ebenfalls 18-jährige Dana Jeker meint: «Pro und Contra abzuwägen ist wichtig. Oft ist

man stark von der Meinung der Eltern geprägt, dabei sollte man ein Thema doch von allen Seiten betrachten.»

Trotz ihres Interesses an politischen Themen: in der Politik eine aktive Rolle zu übernehmen, können sich die fünf Schülerinnen und Schüler nicht vorstellen. Es würde ihnen schwerfallen, sich für eine Partei zu entscheiden, und sie möchten nicht durch ein Parteiprogramm in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt werden.

Das findet Oliver Heimgartner schade. Der Juso-Vertreter, der in der Podiumsdiskussion zur «Masseneinwanderungsinitiative» auf dem Rednerpult sass, ist selber noch Gymnasiast an der Kantonsschule Hohe Promenade. Seit drei Jahren politisiert er in der Juso der Stadt Zürich und gehört seit November 2013 dem Vorstand an. «Wenn man sich für Politik interessiert, sollte man sich auch engagieren», sagt der 18-Jährige, und: «Es wäre schön, wenn mehr Jugendliche politisch aktiv wären, schliesslich geht es für uns darum, unsere Zukunft zu gestalten.» Die Schule könne dazu ihren Beitrag leisten, ist er überzeugt: «Es sollte grundsätzlich mehr diskutiert werden, nicht nur über Politik, das fördert die Meinungsbildung und die Fähigkeit zu debattieren.»

Dass das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Politik seit 1972 kontinuierlich abgenommen hat, zeigt unter anderem eine Studie des Instituts für Erziehungswissenschaften der Universität Zürich aus dem Jahr 2003. Zwar erachtet demnach eine Mehrheit Politik als wichtig, doch nur eine kleine Minderheit informiert sich regelmässig über das politische Geschehen. Vor allem um das politische Wissen der jungen Leute scheint es nicht gut bestellt. Laut Studie scheint aber ihr Interesse zuzunehmen, je mehr sie über Politik wissen.

#### **Auch eine Frage des Alters**

Brigitte Tanner, Nikolai Häne und Marco Zanoli, die alle drei Geschichte an der Kantonsschule Enge unterrichten, machen ähnliche Erfahrungen: Über Themen, über welche die Schüler nichts wüssten, blieben auch Diskussionen in der Regel recht plakativ. Ausserdem seien die Themen, welche die Jugendlichen spannend fänden, nicht immer die, welche die Lehrerinnen und Lehrer erwarten würden. Ihre Schüler erleben die drei Geschichtslehrpersonen unterschiedlich: In gewissen Klassen schaukelten sich die Schüler gegenseitig regelrecht hoch, was politische Diskussionen angehe, in anderen seien solche eher «uncool». Das Alter spiele eine entscheidende Rolle: Seit an ihrer Schule die jährliche Staatskundewoche von der 3. in die 4. Klasse verschoben worden sei, fän-

den ganz andere Debatten statt. «Was dieses eine Jahr hinsichtlich der Reife ausmacht, ist enorm», stellt Nikolai Häne fest.

Eingeführt hat die Kantonsschule Enge diese Woche, um einen Teil des Staatskundeunterrichts zu kompensieren, der mit dem Maturitätsanerkennungsreglement von 1995 als Fach der 6. Klasse weggefallen ist. Seither müsse man die Staatskunde in den Geschichtsunterricht integrieren und könne dafür noch etwa zwei Monate investieren, erklärt Nikolai Häne. Drei bis vier Wochen davon brauche man allein, um die Institutionen und die politischen Instrumente durchzugehen. Mit der Staatskundewoche könne man zumindest gut ein Semester wettmachen.

#### **Politik als Rollenspiel**

Viele Mittelschulen kennen heute solche Sonderwochen und -angebote (siehe Kasten). Am Realgymnasium (RG) Rämibühl zum Beispiel steht für die 6. Klassen jeweils vor den Herbstferien die «Gesellschaftspolitische Woche» auf dem Programm. Die rund 100 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang schlüpfen dabei in die Rolle von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, erarbeiten in Fraktionen und Kommissionen eine gewisse Anzahl Vorstösse in den Bereichen Innere Sicherheit, Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Bildung und tagen am Schluss der Woche im Rathaus in Zürich. Unterstützt werden sie von Gemeinderäten, Fachleuten und Lehrpersonen, medial begleitet von einer ebenfalls

aus Schülern bestehenden Pressegruppe. «In der sechsten Klasse befinden sich die Schüler auf dem Höhepunkt ihrer Schulkarriere», sagt Initiator Marius Kindlimann, «in dieser Woche haben sie die Möglichkeit, alles anzuwenden, was sie bis dahin gelernt haben – von Geschichte über Staatskunde, Wirtschaft oder Recht bis zum Schreiben und Debattieren.» Allerdings hört er aus den Feedbacks der Jugendlichen oft, sie hätten sich im Laufe dieser Woche erstmals überhaupt konkret mit Politik auseinandergesetzt. Der Staatskundelehrer bedauert es sehr, dass sein Fach keinen eigenen Platz mehr hat im Stundenplan. «Es ist die absolute Aufgabe der Schule – und zwar über alle Stufen hinweg –, die Schüler zu politisch mündigen Bürgern zu erziehen», lautet sein Credo, dafür brauche es aber Zeit. Er würde sich sehr wünschen, dass Staatskunde als eigenständiges Fach wieder eingeführt würde.

Der 18-jährige Marc Frei, der in der letzten gesellschaftspolitischen Woche dabei war und diese als eine der besten Spezialwochen seiner Schulzeit überhaupt bezeichnet, gibt seinem Lehrer Recht. Zwar sei sein Interesse an Politik schon im Elternhaus geweckt worden, doch der Staatskundeunterricht, der im RG in der 4. Klasse stattfindet, habe es noch verstärkt. Alles könne die Schule aber nicht leisten, erklärt er: «Wenn man gut informiert sein will, muss man auch selber aktiv werden.» Er schliesst nicht aus, später selber zu politisieren, aber sicher nicht vor Abschluss seiner Ausbildung. ○

#### **Staatskunde im Unterricht und in Spezialgefässen**

Bis zum Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) von 1995 wurde Staatskunde in der letzten Klasse der Gymnasien im Kanton Zürich als eigenständiges Fach mit einer Lektion pro Woche unterrichtet. Das MAR strich dieses Fach, seither ist Staatskunde als Teilbereich in das Fach Geschichte integriert. Der Staatskundeunterricht findet grundsätzlich im Kurzgymnasium statt, in welchem Jahr, hält die Schule selbst in ihrer Studententafel fest. Politische Fragen können je nach Schule und Lehrpersonen auch in den Fächern Deutsch, Wirtschaft und Recht aufgegriffen werden. Darüber hinaus kennen diverse Schulen spezielle Gefässe wie Staatsbürgerliche Projekt- und Blockwochen oder Podiumsdiskussionen (auch Foren genannt) zu politischen und gesellschaftsrelevanten Themen mit eingeladenen Gästen (Jung- oder prominente Politiker). Und ein Besuch im Bundeshaus in Bern gehört in der Regel zum fixen Programmpunkt einer Gymnasiasten-Laufbahn. [jo]